

## Die direkte Versorgung der Konsumvereine.

Bei der Begründung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt war die Art der Zuteilung des Mehles Gegenstand eingehender Beratung. Die Regierung ging von der Erwägung aus, daß es nicht Aufgabe der staatlichen Brotruchtsfürsorge und nicht von Vorteil sein kann, die bestehenden Wege des Handels zu verlegen und dort, wo organisierte Vorsorge besteht, sie zu zerstören. Die Broterzeugung und der Mehlsverschleiß haben in den letzten Jahrzehnten vielfach neue Bahnen eingeschlagen. Brotfabriken arbeiten nicht bloß für einzelne Gemeinden, sondern für ganze Gebiete, oft für das Gebiet ganzer Länder. Die Konsumvereine, die ursprünglich zumeist Ortsvereine waren, haben sich zu Bezirksgenossenschaften zusammengeschlossen. Durch die Verschmelzung und Vereinheitlichung werden nicht bloß die Verwaltungskosten vermindert, sondern die Mitglieder auch besser versorgt. Sinnlos wäre es, die Versorgung künstlich auf den Umfang unserer Ortsgemeinden, die sehr häufig bloße Zwerggemeinden sind, zurückzuschrauben und etwa eine große genossenschaftliche oder auch kapitalistische Brotfabrik zu nötigen, erst ihr Mehl von einigen Duzend Bürgermeistern einzuholen, um das Brot wieder in ebenso viele Ortsgemeinden auszuführen. Dazu kommt noch, daß leider sehr viele Gemeindeverwaltungen in den Händen der Lebensmittelgewerbe und Lebensmittelhändler sind, die nur zu leicht in Versuchung geraten, ihre autonome Macht zu unlauteren Konkurrenzmanövern auszubenten. Fast überall dort, wo die Arbeiterschaft keine Verbrauchsorganisation besitzt, hat sie die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Bei dem Mangel an Ware befriedigt der private Geschäftsmann vorweg die zahlungsfähigste Kundschaft, und die Arbeitermassen, die die schwere Kriegsarbeit leisten, geraten in Gefahr, sich nicht versorgen zu können. Hierzu kommt noch, daß die Konsumvereine Anstalten getroffen haben, was sie an Ware besitzen, gleichmäßig auf alle Mitglieder aufzuteilen — in dieser Art haben sie die Mehl- und Milchkarten erfunden und bei sich eingeführt, bevor man von staatlicher Seite noch an eine solche Möglichkeit überhaupt dachte. Diese Umstände zusammen haben die Regierung, beziehungsweise den früheren Minister des Innern **Deinold** dazu bewogen, anzuordnen, daß die Konsumvereine wie die Brotfabriken, wo immer das möglich ist, ihren Mehlbedarf ohne Vermittlung der Gemeinde direkt durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt beziehen.

Nur mit größter Mühe wurde die Durchführung dieser Bestimmungen in **Böhmen** erreicht. Und gerade dort sind die bürgerlichen Mittelständler die grimmigsten Widersacher der Arbeiterklasse und setzten der Anwendung dieser Vorschriften auf ihre Gemeinden den beharrlichsten Widerstand entgegen, so daß die Bezirkshauptmannschaften und die Statthalterei Mühe hatten, die arbeiterfeindlichen Pläne einer beträchtlichen Zahl von Gemeindevertretungen zu vereiteln. Erst in den letzten Wochen ist die direkte Zuweisung mit dankenswerter Hilfe der

Statthalterei für eine Reihe von Bezirken durchgeführt und schon melden sich die „Interessenten“ des Zwischenhandels! Die Prager Blätter melden nämlich:

Die Statthalterei hat den Konsumvereinen in den Bezirken **Sablonz, Trautenu, Barnsdorf, Teischn, Karlsbad** und **Eibogen** die Selbstversorgung ihrer Mitglieder mit Brot und Mehl eingeräumt und die Zuweisung des notwendigen Mehles durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zugesichert. Die Gemeinden befürchten, daß durch diese Trennung in der Versorgung eine Benachteiligung der nicht den Konsumvereinen angehörenden Bevölkerung eintreten wird, und haben gemeinsam einen Protest bei der Statthalterei überreicht, welchem durch eine Abordnung aus allen beteiligten Bezirken der nötige Nachdruck verliehen wurde. Die Abordnung hat gestern unter der Führung des Abgeordneten **Schreier** bei der Statthalterei in Prag vorgesprochen.

Es ist bezeichnend, daß sich ein deutschvölkischer Abgeordneter dazu hergegeben hat, den Anschlägen der Zwischenhändler Vorspann zu leisten. Es ist unseres Wissens die erste Abgeordnetenintervention in einer solchen Sache; nicht einmal vom einem **Christlichsozialen**, die doch wahrlich auf Gewerbetreibere eingrichtet sind, ist ein solcher Schritt unternommen worden. Die Begründung, daß die übrige Bevölkerung schlechter versorgt sein könnte, ist angesichts der absolut gleichmäßigen Verteilung durch die Brotkarte und der Tatsache, daß die Besitzenden immerhin noch Fleisch genießen können, während besonders **Deutschböhmen**s Arbeiter ganz überwiegend auf Brot und Kartoffeln angewiesen sind, der windigste Vorwand, den die Zwischenhändler erfinden konnten. Wir halten es für selbstverständlich, daß die **Behörde** die **böhmische Arbeiterschaft** gegen diese Anschläge pflichtgemäß beschützt.